



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

Prioritäten der Schweiz für die 75. Tagung der UNO-Generalversammlung

Bericht des Bundesrats zuhanden der
Aussenpolitischen Kommissionen

vom 24. Juni 2020

Prioritäten der Schweiz für die 75. Tagung der UNO-Generalversammlung

Die Schweiz gibt sich basierend auf der Aussenpolitischen Strategie 2020 – 2023 und ihren vier thematischen Schwerpunkten (Frieden und Sicherheit, Nachhaltigkeit, Wohlstand und Digitalisierung) und in Weiterverfolgung ihrer Kandidatur für einen Einsitz im Sicherheitsrat 2023-2024 folgende vier Prioritäten.

1. Bewältigung der Folgen von COVID-19

COVID-19 wird bedeutende Auswirkungen auf die Welt haben. Die UNO sowie ihre Sonderorganisationen und Programme werden die Lehren aus der Pandemie ziehen und darauf reagieren müssen. Die Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass die UNO diese Analysen gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse vornimmt und dass daraus konkrete Massnahmen abgeleitet werden. Dabei müssen die von der Pandemie und deren Folgen besonders stark betroffenen Menschen bei der Folgebewältigung im Zentrum stehen.

2. Reformen der UNO

Nach 75 Jahren muss das UNO-System den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiter angepasst werden. Darum unterstützt die Schweiz die Reformen des Generalsekretärs in den Bereichen «Frieden und Sicherheit» sowie «zeitgemässe Managementkultur» und achtet auf die Umsetzung der Reform des UNO-Entwicklungssystems. Hier werden insbesondere die Stärkung des *Resident Coordinator Systems*¹ - inklusive dessen nachhaltige Finanzierung - sowie die Umsetzung der neuen UNO-Länderstrategien und die Reformen auf regionaler Ebene im Fokus stehen. Die Schweiz wird auch die Verhandlungen zur vierjährigen Überprüfung der operativen Aktivitäten des UNO-Systems leiten. Letztere sind das wichtigste Instrument der Mitgliedstaaten, um dem UNO-Entwicklungssystem politische Leitlinien vorzugeben. Die Schweiz unterstützt die Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates, der UNO-Entwicklungsentitäten, des Menschenrechtsrats sowie der UNO-Vertragsorgane und engagiert sich bei der Statusüberprüfung des Menschenrechtsrats im 2021. Sie steht zudem für Nulltoleranz gegenüber Belästigung, sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in UNO-Feldeinsätzen sowie am Arbeitsplatz ein.

3. Cybersicherheit und digitale Gouvernanz

Viele der Herausforderungen in Bezug auf digitale Gouvernanz sind globaler Natur. Deshalb eignet sich die UNO als Diskussionsplattform zur Nutzung der Chancen und zur Minderung der damit verbundenen Risiken. Die Schweiz setzt sich für einen freien, offenen und sicheren digitalen Raum sowie für die Anwendung des Völkerrechts und die Klärung von dessen Bedeutung im virtuellen Raum ein. Sie bringt diese Anliegen in die UNO-Prozesse zu Cybersicherheit und –kriminalität und zur digitalen Gouvernanz ein und trägt somit auch aktiv zur Umsetzung der Empfehlungen des vom UNO-Generalsekretär eingesetzten hochrangigen Panels zu digitaler Kooperation bei. Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht müssen auch im Internet respektiert werden; der Umgang mit humanitären Personendaten muss die Privatsphäre der Betroffenen schützen.

4. Das Internationale Genf

Gestützt auf die Strategie des Bundesrates zur Stärkung des Gaststaats Schweiz wird das internationale Genf als Ort positioniert, wo neue Themen diskutiert werden, die die Welt in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen werden. Dazu gehören neben den Themen Friedensförderung und Menschenrechte auch die Herausforderungen der Cybersicherheit, der digitalen Gouvernanz, der künstlichen Intelligenz, der Genetik und aller neuen Technologien, die die Gesellschaft des 21. Jahrhundert verändern werden. So wird Genf noch stärker als Kompetenzzentrum für die globale Gouvernanz in Zukunftsthemen positioniert werden.

¹ Der/Die Resident Coordinator (RC) ist neu höchster UNO-Vertreter/in im Land, was ihm/ihr die nötige Legitimität gegenüber den staatlichen Behörden verleiht und koordiniert alle im Land tätigen UNO-Organisationen.

Weiterführende Tätigkeiten:

Neben den spezifischen Prioritäten, die in allen thematischen Bereichen zur Anwendung kommen, ist die Schweiz weiterhin in ihren langjährigen Aktivitätsfeldern tätig. Diese unterstreichen die Stabilität und Breite des Schweizer Einsatzes und reflektieren gleichzeitig die drei UNO Pfeiler: Frieden und Sicherheit, Nachhaltigkeit und Menschenrechte.

1. Frieden und Sicherheit

Die Stärkung der Konfliktprävention, u.a. mittels systematischer Verankerung der Menschenrechte in sicherheitspolitischen Debatten, sowie der Einsatz für «Frauen, Frieden und Sicherheit» werden auch im 20. Jubiläumjahr der entsprechenden Sicherheitsratsresolution 1325 fortgeführt. Gleiches gilt für die Förderung des modernen Verständnisses der Aufrechterhaltung des Friedens («Sustaining Peace»), so z.B. im Rahmen der Überprüfung der Friedenskonsolidierungsaktivitäten. Die Schweiz wird sich als Vorsitzende der Burundi-Konfiguration der UNO- Friedenskonsolidierungskommission – und als Kandidatin 2021 für einen Sitz in deren Organisationsausschuss – dafür einsetzen, gewaltsame politische Krisen zu verhindern. Ein wichtiges Anliegen bleibt auch die Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat 2023-24. Im Rahmen der 7. Überprüfung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, wird sich die Schweiz der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie der Ursachenbekämpfung widmen. Ferner wird sie sich im Rahmen der GV-Sondersitzung zu Korruption besonders für präventive Massnahmen (u.a. Gewaltentrennung, Medienfreiheit), rechtsstaatliche Verfahren und internationale Zusammenarbeit in der Korruptionsbekämpfung einsetzen. Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben zentrale Themen in diesem 50. Jubiläumjahr des NPT-Vertrags. Im humanitären Bereich stehen der Schutz der Zivilbevölkerung, der Zugang von humanitären Akteuren zu Notleidenden sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Fokus.

2. Nachhaltige Entwicklung

Der Klimawandel und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bleiben zentrale Themen. Mit dem Beginn des letzten Jahrzehnts zur Erfüllung der Ziele der Agenda 2030 («*decade of action*») gewinnt die nachhaltige Entwicklung in der UNO weiter an Gewicht. Um die Umsetzung der einzelnen Ziele messen zu können, ist die Verfügbarkeit von verlässlichen Daten unabdingbar. Aus diesem Grund plant die Schweiz in Bern das nächste UNO-Weltdatenforum zu organisieren. Im Zuge des Klimawandels, dem Verlusts der Biodiversität, der knapper werdenden Ressourcen sowie der Krisenfestigkeit («Resilienz») ist auch die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen und verbesserter Ernährungssicherheit von grosser Bedeutung. Die Schweiz wird sich im Rahmen des Gipfels für Ernährungssysteme im Jahr 2021 und der Umsetzung des Ziels 12 der Agenda 2030 (Verantwortungsvoller Konsum und Produktion) dafür einsetzen. Zudem strebt die Schweiz ambitionierte Ergebnisse in der internationalen Umweltpolitik an und wird sich u.a. in den Bereichen Chemikalien, Abfall und Klima einbringen. Sie wird am Biodiversitätsgipfel im September 2020 in New York teilnehmen.

3. Menschenrechte

Die Meinungsäusserungs-, die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit sind unentbehrliche Grundrechte, die auch im Rahmen von friedlichen Protesten geschützt werden müssen. Ebenfalls bleibt das Thema Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen aktuell. Im Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe wird die Schweiz gemeinsam mit Mexiko die Federführung der GV-Resolution für ein Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe übernehmen. Die Schweiz wird sich zudem in den relevanten Foren zum Thema «Umwelt und Menschenrechte» einbringen, um die Wechselwirkung zwischen diesen zwei Themen sowie die daraus resultierenden politischen Auswirkungen weiter zu vertiefen.

Weitere Menschenrechtsthemen bleiben ebenfalls auf der Agenda der Schweiz: das Folterverbot, die Bekämpfung der Straflosigkeit, die Vergangenheitsbewältigung und der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.